

Unternehmensgruppe Berliner Verlag:

Umbau bedeutet Kahlschlag

In der Mitteilung der Mediengruppe wird der Umbau des Berliner Verlags, zu dem die „Berliner Zeitung“ und der „Berliner Kurier“ gehören, als „Neuanfang“ titulierte. Tatsächlich handelt es sich jedoch um Stellenstreichungen in großem Stil.

Nachdem der Berliner Verlag bereits in den vergangenen Jahren in mehrere Firmen aufgespalten wurde, plant der Eigentümer, die Mediengruppe DuMont, jetzt den kompletten Umbau. Die Redaktionen von Berliner Zeitung und Berliner Kurier sollen aufgelöst werden. Künftig will der Kölner Konzern, zu der die Unternehmensgruppe Berliner Verlag gehört, die Blätter in einem sogenannten Newsroom produzieren lassen. Die dort arbeitenden Journalist/innen sollen für beide Zeitungen sowohl die Print-, als auch die Onlineausgaben bestücken. Bereits im Januar soll die Produktion im Newsroom beginnen. Bis Ende März soll der schrittweise Übergang schon abgeschlossen sein.

Dass nicht alle aus den Redaktionen in den Newsroom wechseln sollen, steht bereits fest. Auch wenn der Arbeitgeber dies noch nicht offen sagt, ist davon auszugehen, dass zunächst alle entlassen oder zum freiwilligen Gehen genötigt werden. DuMont teilte dazu mit: „Im neuen Newsroom sind 140 Stellen vorgesehen, 30 Stellen entfallen auf die Hauptstadtredaktion und Berlin24 Digital GmbH. Etwa 110 neue Stellen werden in der Berliner Newsroom GmbH geschaffen.“ Die Gesellschaft werde sich in ihrer Vergütungsstruktur an den geltenden Branchentarifvertrag anlehnen. Und

Zu Tarifverhandlungen aufgefordert

ver.di hat am 22. November 2016 die 13 Tochterunternehmen rund um die „Berliner Zeitung“ und den „Berliner Kurier“ zu Tarifverhandlungen über einen Sozialtarifvertrag, Altersteilzeit und zum Teil zu Überleitungstarifverträgen aufgefordert. ver.di fordert, dass die Beschäftigten, die in der neuen Berliner Newsroom GmbH anfangen, zu tariflichen Arbeitsbedingungen beschäftigt werden und beim Übergang alle Ansprüche aus dem alten Arbeitsvertrag wie Beschäftigungsjahre und Tarifbindung zumindest einzelvertraglich behalten. ver.di fordert eine Abfindung in Höhe von 1,5 Monatsgehältern je Beschäftigungsjahr im Falle einer betriebsbedingten Kündigung.

Ausführliche Informationen:

<http://tinyurl.com/gqgptov>

weiter: „Ungleichheiten im Gehaltsgefüge zu Online-Redakteuren sollen zumindest schrittweise angeglichen werden.“ Der neue Newsroom werde in der Summe 50 Stellen weniger ausweisen als die bisherigen Redaktionen. Es sei nicht auszuschließen, „dass es am Ende des Aufbaus des neuen Newsrooms in den bestehenden Print-Redaktionen von Berliner Zeitung und Berliner Kurier zu Teilbetriebs- und Betriebsschließungen kommen wird“.

Im Klartext: Es wird eine neue Gesellschaft gegründet, die nicht tarifgebunden sein soll. Sie soll als Dienstleister die redaktionellen Inhalte für die Berliner Zeitung und den Berliner Kurier erstellen. Die bisherigen Redakteurinnen

und Redakteure beider Blätter können sich auf die Stellen bei der neuen Gesellschaft bewerben, ob sie auch genommen werden, ist offen. Die Stellen wurden öffentlich ausgeschrieben. ver.di und die anderen Journalistengewerkschaften haben die Arbeitgeber zu Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag, zur Altersteilzeit und zu Überleitungstarifverträgen aufgefordert. Der Betriebsrat verhandelt über einen Sozialplan. Die Gespräche sind noch nicht abgeschlossen. „Die Angebote für Abfindungen liegen bisher weit unter dem, was in den vergangenen Jahren gezahlt wurde“, stellt die Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch fest.



Das Verlagsgebäude am Alexanderplatz in Berlin.

Foto: Christian von Polentz/transitfoto.de

Scharfe Kritik an DuMont

„ver.di lehnt diese Pläne ab. Sie sind unsozial und eines so traditionsreichen Familienunternehmens unwürdig. Anstelle sich den Herausforderungen der digitalen Transformation zu stellen und dafür geeignete Geschäftsmodelle zu entwickeln, ist DuMont dabei, Qualitätsmedien komplett zu rationalisieren. DuMont war einmal eine wichtige publizistische Größe in Deutschland. Diesen Anspruch scheint das Unternehmen aufgegeben zu haben. Beschäftigte sollen gefeuert werden oder künftig zu deutlich schlechteren Bedingungen arbeiten. Damit geht genau die journalistische Qualität verloren, die man mehr denn je braucht. Journalistische Qualität hat ihren Preis, und diese Qualität muss man im Wettbewerb

intensivieren. Doch statt um Innovation geht es um Entlassungen, Arbeitsverdichtung und Tariffucht“, erklärte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender.

Scharfe Kritik übte er am konkreten Vorgehen von DuMont: „Durch die Gründung von neuen Gesellschaften sollen soziale Schutzmechanismen ausgehebelt, die Regeln eines Betriebsübergangs umgangen werden. Gestandene Kolleginnen und Kollegen sollen gezwungen werden, sich auf ihre eigenen Stellen neu zu bewerben. Das ist absolut inakzeptabel.“

Ausführliche ver.di-Pressemittteilung:
<http://tinyurl.com/hsk9syk>



30. Journalistentag

Der 30. Journalistentag am 21. Januar 2017 findet unter dem Titel „Hashtag, Hightech, Hackmac – Journalismus mit Daten“ statt. Sie werden massenweise produziert, gesammelt, verkauft: Daten spielen eine zunehmend wichtige Rolle in unser aller Leben und wachsen auch in ihrer Bedeutung für die journalistische Arbeit. Datenjournalismus ist der große Trend. Ein Haufen Daten allein reicht allerdings nicht aus für Erkenntnisse, die sich medial verarbeiten lassen. Daher nehmen wir bei unserem 30. Journalistentag Datenjournalismus unter die Lupe, fragen nach den Methoden im Umgang mit Daten und werfen einen Blick auf die Ausbildungswege hin zu einem professionellen journalistischen Umgang mit Daten. Wir freuen uns auf die Diskussion mit hochkarätigen Expertinnen und Experten.

Programm und Anmeldung:

<https://dju.verdi.de/journalistentag>

Buch Bayern: Mantel gekündigt

Entgegen der Absprache vom Juni 2016 hat der Arbeitgeberverband überraschend den Manteltarifvertrag zum kommenden Mai gekündigt. Im Rahmen der letzten Entgelttarifverhandlungen hatte der Verband noch darauf bestanden, dass man mit der ver.di-Tarifkommission ab Herbst 2016 Mantelgespräche im ungekündigten Zustand führen möchte, aber dies ist nun Geschichte! Dies bedeutet, dass ab 1. Juni 2017 der Manteltarifvertrag wieder offen ist!

ver.di hatte im Sommer einen Tarifabschluss erreicht. Seit dem 1. Juli erhalten alle, auch die Auszubildenden 1,6 Prozent mehr Geld. Dafür musste ver.di Sondierungsgespräche zum Manteltarifvertrag akzeptieren. Nun hat der Arbeitgeber den Mantel gekündigt.

www.buch-mit-tv.info

Angestellte in Zeitungsverlagen NRW:

Tarifabschluss erreicht

In der zweiten Tarifverhandlung am 19. Dezember 2016 konnte doch noch ein Tarifabschluss für die Angestellten in Zeitungsverlagen in NRW erreicht werden.

ver.di hatte zu Beginn der ersten Tarifverhandlung am 28. November 2016 die Forderung nach Übernahme des Tarifabschlusses der Druckindustrie gestellt. Die Übernahme des Tarifabschlusses hätte für die Angestellten in Zeitungsverlagen ab 1. Oktober 2016 drei Nullmonate, ab 1. Januar 2017 zwei Prozent und ab 1. Februar 2018 1,8 Prozent mehr Gehalt bedeutet. Die Laufzeit sollte 29 Monate bis 28. Februar 2019 betragen. Die Zeitungsverleger hatten in dieser Tarifverhandlung ein Angebot eingebracht: Sie boten ab 1. Oktober 2016 drei Nullmonate und ab 1. Januar 2017 1,4 Prozent Erhöhung. Im ersten Quartal 2018 sollten die Beschäftigten eine Einmalzahlung erhalten.

Die Laufzeit sollte 20 Monate bis 31. Mai 2018 betragen.

Im Vorfeld der zweiten Tarifverhandlung haben sich Beschäftigte aus mehreren Zeitungsverlagen mit Protestresolutionen und Unterschriftenlisten zum Verhandlungsstand geäußert und die ver.di-Verhandlungsposition unterstützt.

In dieser Tarifverhandlung haben sich ver.di und die Zeitungsverleger auf einen Tarifabschluss verständigt: Ab 1. Oktober 2016 gibt es vier Nullmonate, ab 1. Februar 2017 erhalten die Beschäftigten 1,6 Prozent mehr Geld und noch einmal 1,6 Prozent ab 1. April 2018. Die Laufzeit beträgt 27 Monate bis 31. Dezember 2018

Die ver.di-Tarifkommission konnte ihr Verhandlungsziel nicht ganz erreichen, hat aber nach einer kritischen Diskussion dem Tarifabschluss zugestimmt.

Schwarzwälder Bote:

ver.di-Flugblatt vor Gericht

„Mit großem juristischem Aufwand versucht der Chefredakteur des Schwarzwälder Boten ver.di gerichtlich zum Schweigen zu bringen und setzt gleichzeitig seine Versuche fort, die Arbeit des Betriebsrats in seiner Redaktion zu hintertreiben“, sagt der Leiter des baden-württembergischen ver.di-Landesfachbereichs Medien, Siegfried Heim, anlässlich einer am 6. November vor dem Münchner Landgericht stattgefundenen Hauptverhandlung zu einer Unterlassungsklage. In dem Verfahren versucht Chefredakteur Hans-Peter Schreijäg dem Stuttgarter ver.di-Sekretär Uwe Kreft die Verbreitung eines gewerkschaftlichen Flugblattes zu untersagen.

Hintergrund sind Anweisungen des Chefredakteurs an den Betriebsratsvorsitzenden, seine Amtstätigkeit außerhalb seiner Arbeitszeiten besonders zu rechtfertigen. Beispielsweise muss er sogar seine Anwesenheit bei Konzernbetriebsratssitzungen besonders darlegen. In einem Brief an die Geschäftsführung der Medienholding Süd, die im Stuttgarter Medienkonzern SWMH die Baden-Württembergischen Zeitungsbetriebe bündelt, hatte ver.di-Fachbereichsleiter Heim dies als Behinderung der Betriebsratsarbeit gewertet. Der Brief wurde in dem ver.di-Flugblatt

dokumentiert, das nun gerichtlich angegriffen wird. Aktuell verlangt Chefredakteur Schreijäg von dem betroffenen Betriebsratsvorsitzenden aber erneut ausführliche Begründungen für Betriebsratsarbeiten zu bestimmten Zeiten. Demgegenüber halten der Betriebsrat und ver.di aufgrund einschlägiger Urteile des Bundesarbeitsgerichts eine lediglich stichwortartige Angabe für ausreichend.

„Hier wird auf den Betriebsratsvorsitzenden, der auch stellvertretender Konzernbetriebsratsvorsitzender ist, in einer Art und Weise Druck ausgeübt, die aus unserer Sicht durchaus als Behinderung der Betriebsratsarbeit gewertet werden muss – auch öffentlich“, kommentiert ver.di-Fachbereichsleiter Heim die aktuelle Entwicklung.

Das Hauptsachverfahren fand statt, weil ver.di-Sekretär Uwe Kreft eine einstweilige Verfügung, die das Landgericht München als „fliegender Gerichtsstand“ ohne Anhörung erlassen hat, nicht akzeptiert hat. Aufgrund dieser einstweiligen Verfügung ist das betreffende Flugblatt derzeit nicht im Internet abrufbar. Das Urteil wird im Januar erwartet.

Link zum ver.di-Landesfachbereich:

<http://tinyurl.com/z2x5szx>

M - Menschen machen Medien

Die aktuelle Ausgabe der medienpolitischen Zeitschrift „M - Menschen machen Medien“ von ver.di steht online. Mitglieder erhalten sie in den kommenden Tagen per Post.

<https://mmm.verdi.de/>

Presseausweis 2017

Der Antrag für den Presseausweis 2017 liegt vor und steht online. Link zum Presseausweis 2017 und zu einer Liste der örtlichen Presseausweis-Büros:

<https://dju.verdi.de/service/presseausweis>

Nordbayerischer Kurier:

Massenentlassung geplant

Wie aus der Konzernbetriebsratssitzung der SWMH am 9. Dezember in München und aus Betriebsratskreisen bekannt wurde, will der Nordbayerische Kurier in Bayreuth 50 der 225 Arbeitsplätze abbauen. Die Entlassungen sollen bis Mitte des nächsten Jahres durchgeführt werden. Betroffen sind Redaktion, Verwaltung, Außenstellen und die Druckvorstufe.

Erst im Juni 2016 wurden 65 Prozent der Anteile am „Nordbayerischen Kurier“ an die „Frankenpost“ in Hof verkauft, die zur SWMH (Südwestdeutsche Medien Holding) in Stuttgart und der DDVG, der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft, der Medienbeteiligungsgesellschaft der Sozialdemokratischen Partei (SPD), gehört. Kurz zuvor hat die DDVG ihre Anteile am „Nordbayerischen Kurier“ durch Kauf der Ellwanger-Anteile aufgestockt. Der

SWMH gehört unter anderen auch die „Süddeutsche Zeitung“ in München.

Der Betriebsrat des „Nordbayerischen Kurier“ wurde eine Stunde vor der offiziellen Information der Mitarbeiter unterrichtet. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz „ist der Betriebsrat rechtzeitig und umfassend vom Arbeitgeber zu unterrichten“. Entgegen dieser gesetzlichen Verpflichtung wurde der Betriebsrat vor vollendete Tatsachen gestellt. „Diese Vorgehensweise wird die folgenden Verhandlungen zu Sozialplan, Interessenausgleich und Sozialtarifvertrag schwer belasten“, so Bernd Bauer, zuständiger ver.di-Gewerkschaftssekretär.

Link ver.di-Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie Bayern:

<http://tinyurl.com/zgionfk>

Vier Prozent Verzinsung

Die Vertreterversammlung der Versicherten des Versorgungswerks der Presse hat über die Gewinnbeteiligung für das kommende Jahr entschieden. Mit einer Gesamtverzinsung von vier Prozent bietet die Presse-Versorgung in der Produktvariante Perspektive ihren Kunden auch 2017 eine weit überdurchschnittliche Gewinnbeteiligung. Die vier Prozent setzen sich zusammen aus einer laufenden Verzinsung von 3,1 Prozent sowie einer Schlusszahlung von 0,9 Prozent. Auch bei den klassischen Produkten bietet die Presse-Versorgung mit einer Gesamtverzinsung von 3,7 Prozent in 2017 sehr gute Leistungen.

Gegenüber anderen Lebensversicherern liegt die Presse-Versorgung in 2017 nach Einschätzung von Marktexperten mehr als 0,5 Prozent-Punkte höher als der Durchschnitt.

Ausführliche Informationen auf der Internetseite des Versorgungswerks:

www.presse-versorgung.de

Mediengruppe Main-Post:

Obermain-Tagblatt in Lichtenfels bestreikt

Mit dem Warnstreik vom 28. bis 30. November unterstrichen die Kolleginnen und Kollegen vom „Obermain-Tagblatt“ ihre Forderung nach einem Anerkennungs-Tarifvertrag mit der MPO Medien GmbH, einer Tochtergesellschaft der Mediengruppe Main-Post in Würzburg, die wiederum zur Augsburger Allgemeinen gehört.

Auf die Forderung der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten nach Anerkennung und Anwendung der Flächentarifverträge der Angestellten im Zeitungsverlagsgewerbe reagierten die Verhandlungsführer der MPO Medien GmbH mit der Gegenforderung nach unbezahlter Arbeit und (noch) mehr Flexibilität. Daraufhin erklärte ver.di die Verhandlungen für gescheitert.

Der dreitägige Warnstreik, der auf die „Wertschätzer“-Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken und der „Operation Hinkelstein“ mit Zauberspruch auf dem Lichtenfelser Marktplatz folgt, hatte zum Ziel, die Geschäftsleitung dazu zu bringen, ihre provokante Verhandlungsführung aufzugeben und und zu konstruktiven Gesprächen bereit zu sein.

Das Mutterhaus feiert jährlich Umsatzrekorde, aber die Mitarbeiter bei der Tochter haben seit neun Jahren keine Gehaltserhöhung mehr



bekommen. In diesem Zeitraum wurde die Arbeit durch massiven Stellenabbau verdichtet, die leitenden Funktionen aber gleichzeitig verdoppelt. Das zu verstehen, hilft auch kein Zauberspruch.

Link zur Aktionsseite „Die Wertschätzer“:

<http://die-wertschaetzer.info/>

Die Jungen Verlagsmensen und ver.di starten bundesweite Kooperation

ver.di und der Verein Junge Verlagsmensen e.V. (JVM) beginnen eine bundesweite Zusammenarbeit.

Vor allem in tarif- und arbeitsrechtlichen Fragen wollen beide Seiten mit dem Ziel zusammenarbeiten, den Nachwuchs der Buch- und Medienbranche zu stärken und die berufli-

chen Bedingungen zu verbessern. Der häufig schwierige Berufsstart in der Buchbranche, ist ein Thema von wachsender Bedeutung bei den Jungen Verlagsmensen.

Befragung der JVM zum Berufseinstieg:

<http://tinyurl.com/jg8o8k8>





Foto: ver.di

Passauer Neue Presse:

Beschäftigte kämpfen für einen Tarifvertrag

Zeitungsverlagsangestellte und Redakteure der „Passauer Neuen Presse“ kämpfen gemeinsam für einen Tarifvertrag.

Am 26. November 2016 versammelten sich mehr als 120 Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen GmbH's der „Passauer Neuen Presse“ (PNP) zu einer Kundgebung in der Innenstadt. Die Ablehnung der Verlegerin Simone Tucci-Diekmann mit den Gewerkschaften ver.di und BJV über einen Tarifvertrag zu verhandeln, brachte die sie auf die Straße. .

Anwesend waren auch Beschäftigte aus Alttötting sowie aus den von der PNP übernommenen Verlagen in Bad Reichenhall und Trostberg. Sie wurden beziehungsweise werden noch nach Passauer Manier „saniert“: Dies bedeutet massiven Personalabbau, Auftragsverlagerungen nach Passau, weiträumige Tarifumgehungen und Firmenaufspaltungen.

Einig waren sich alle: Ein Verlag der über 250 Millionen Euro „auf der hohen Kante“ hat und sich mal eben so den „Donaukurier“ einverleibt, dem sollte es möglich sein, seine Beschäftigten tariflich zu entlohnen. Junge wie Alte forderten die Verlegerin auf Transparenten und Schildern auf: „Frau Tucci-Diekmann verhandeln sie mit BJV und Ver.di über einen Tarif für alle in der PNP“.

Sollte die Verlegerin ihre ablehnende Haltung nicht verwerfen, so wird es unter dem Motto „Tarif für alle in der PNP“ noch weitere Aktionen, sowie letztendlich auch Streiks geben.

Link zum Bericht auf der Internetseite von ver.di-Bayern:

<http://tinyurl.com/ju38t86>

Agence France-Presse GmbH:

Solidarité!

Bei AFP Agence France-Presse GmbH in Berlin rumort es. Die Beschäftigten haben seit Januar 2013 keine Gehaltserhöhung erhalten.

Der Arbeitgeber hat in der achten Tarifverhandlung den 51 Beschäftigten ein schmales Gesamtvolumen für alle in Höhe von 30000 Euro angeboten. Dies würde Nullrunden für 2016 und 2017 beinhalten. Zudem sollen dann zukünftige Neueinstellungen deutlich unter Tarif erfolgen. Dies wurde als Spaltung der Belegschaft von den Beschäftigten aufgefasst. Ihre karge Tarifierhöhung soll nach dem Willen des Arbeitgebers auch noch mit der noch schlechteren Bezahlung von neueingestellten Kolle-

ginnen und Kollegen „bezahlt“ werden. In einer Befragung haben mehr als die Hälfte der Beschäftigten den Vorschlag des Arbeitgebers abgelehnt.

<http://tinyurl.com/hwvnhky>



Protest in Berlin.

Foto: von Polentz/transitfoto.de

Redaktion wird entlassen

Die Redaktion von T-Online in Darmstadt wird geschlossen, künftig werde in einem sogenannten Newsroom in Berlin produziert. Das wurde den Beschäftigten am 20. September mitgeteilt. Erst im Oktober 2015 hatte die Telekom T-Online an die Außenwerbefirma Ströer verkauft. Zum 1. April kommenden Jahres werden nun die mehr als 100 T-Online-Beschäftigten von dem neuen Eigentümer abserviert. Auf die neuen Arbeitsplätze in Berlin könnten sie sich bewerben, ob sie auch genommen werden, sei offen.

Über die Gründe für diesen Schritt kann nur gemutmaßt werden, doch die Vorteile aus der Sicht des Arbeitgebers liegen auf der Hand: Die Beschäftigten in der Redaktion von T-Online hatten noch aus der Zeit, als die Telekom Eigentümer war, einen guten Tarifvertrag. Der gilt noch immer.

Der Newsroom in Berlin soll lediglich 60 Arbeitsplätze bieten. Und ob dort ähnlich gute Konditionen gelten werden, darf zumindest bezweifelt werden. Die Stellenausschreibungen auf der Internetseite von Ströer listen lediglich die Anforderungen auf, etwa die „hohe Bereitschaft, Schicht- und Wochenendarbeit zu leisten“. Dann wird mit flachen Hierarchien und Startup-Feeling in einem jungen, motivierten Team geworben. Zur Bezahlung wird geschwiegen, die Bewerber sollen sich aber auf „einen Kicker und richtig guten Kaffee“ freuen. Die Beschäftigten haben sich schon von „ihrem“ Unternehmen T-Online mit einer „Trauerfeier“ verabschiedet. In der sogenannten Trauerrede hieß es: „Wer solche Mitarbeiter nicht schätzt, der hat sie auch nicht verdient.“

Link zur ver.di-Protestseite:

<https://stroererfeuer.org>

Twitter-Tipps



Fachgruppe
Verlage, Druck
und Papier:
@vdp_in_verdi
die dju:
@djuverdi
Tarifinfos:
@tarif_medien

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8

Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10
10112 Berlin

V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel
Tarifsekretär Medien
Redaktion: Silke Leuckfeld
<http://tinyurl.com/o2jwqh>

DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED – DER BEITRITT LOHNT SICH.
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>